



## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom  
30.11.2022
- 3 Aktuelle Situation Energielage
- 4 Aufgabenstellung der Machbarkeitsstudie für das Forum an der Plantage
- 4.1 Projektstruktur zur Durchführung der Machbarkeitsstudie für das Forum an der  
Plantage  
Vorlage: 22/SVV/1142  
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen und Projekte
- 5 Beschluss zur Höhe des Kreditrahmens der Entwicklungsträger Potsdam GmbH  
für das Jahr 2023  
Vorlage: 22/SVV/1163  
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
- 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung - zur Erledigung
- 6.1 Regelmäßige Treffen der Fraktionsvorsitzenden mit der Verwaltungsspitze  
Vorlage: 22/SVV/0607  
Fraktionen DIE LINKE, CDU, DIE aNDERE, Freie Demokraten
- 6.2 Priorität für neuen Plenarsaal  
Vorlage: 22/SVV/0938  
Fraktion DIE LINKE
- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 7.1 Bürgerbefragung zu Rechenzentrum und Garnisonkirche  
Vorlage: 21/SVV/1201  
Fraktion DIE LINKE
- 7.2 Finanzielle Beteiligung am Pflegeaufwand der Stiftung Preußische Schlösser  
und Gärten  
Vorlage: 22/SVV/0704  
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen und Projekte
- 8 Mitteilungen der Verwaltung

- 8.1       Berichterstattung zur Modernisierung der Verwaltung, hier: Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes  
Vorlage: 22/SVV/1207  
Oberbürgermeister, Verwaltungs- u. Managemententwicklung
- 8.2       Handreichung zum Workshop zur Weiterentwicklung des Zusammenwirkens der Ortsbeiräte mit der Stadtverwaltung und der Stadtverordnetenversammlung in der LHP  
Vorlage: 22/SVV/1219  
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
- 8.3       6. Statusbericht zur Stadtteilentwicklung von Krampnitz  
Vorlage: 22/SVV/0707  
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen und Projekte
- 8.4       Armut्सbericht für die Landeshauptstadt Potsdam 2022  
Vorlage: 22/SVV/0710  
Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Inklusion
- 8.5       Bericht der Uferwegsbeauftragten
- 8.6       Berichterstattung zum Thema Tourismus
- 9         Sonstiges

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1       Eröffnung der Sitzung**

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

#### **zu 2       Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 30.11.2022**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung schlägt er vor,

- den Tagesordnungspunkt 3 von der Tagesordnung zu streichen, da es derzeit keine neuen Informationen gebe,
- den Tagesordnungspunkt 8.4. – Armut्सbericht für die Landeshauptstadt Potsdam 2022 **zurückzustellen**, da die Beigeordnete Frau Meier erst

- später an der Sitzung teilnehmen könne,
- ebenso den Tagesordnungspunkt 8.6. – Berichterstattung zum Thema Tourismus **zurückzustellen**, da sich zwei Vorlagen in Vorbereitung befinden und in der nächsten Sitzung am 18.01.2023 vorgelegt werden sollen sowie
- die Tagesordnungspunkte 4.1, 6.2 und 7.1, die sich mit der Thematik Rechenzentrum/Garnisonkirche befassen, zusammen zu behandeln.

Herr Dr. Scharfenberg verweist darauf, dass der Ausschuss für Finanzen über die DS 22/SVV/0704 - Finanzielle Beteiligung am Pflegeaufwand der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten noch nicht abschließend beraten hat. Darauf Bezug nehmend informiert der Oberbürgermeister darüber, dass er den Stiftungsrat angeschrieben und heute eine Eingangsbestätigung erhalten habe. Darin werde mitgeteilt, dass das Schreiben an die Mitglieder des Stiftungsrates weitergeleitet wird. Da die Antwort bzgl. einer Teilnahme aussteht plädiere auch er dafür, den Tagesordnungspunkt **zurückstellen**.

Bezüglich der von Herrn Finken vorgetragene Bitte, das vorliegende Gutachten bzgl. der Kita-Elternbeiträge zu thematisieren, verweist der Oberbürgermeister darauf, dass zusätzliche Themen im Vorfeld der Hauptausschusssitzungen anzumelden sind und er sich im Sinne der Gleichbehandlung (Verweis auf die Hauptausschusssitzung am 16.11.2022, TOP 2) dagegen ausspreche. Da die Thematik auf der Tagesordnung des Jugendhilfeausschusses steht, könne diese im Ergebnis der Diskussion dann im Hauptausschuss aufgerufen werden.

Die so **geänderte Tagesordnung** wird zur Abstimmung gestellt und einstimmig **bestätigt**.

Zur **Niederschrift** der 66. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 30.11.2022 gibt es keine Hinweise; sie wird mit 14 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

### zu 3 **Aktuelle Situation Energielage**

entfällt

### zu 4 **Aufgabenstellung der Machbarkeitsstudie für das Forum an der Plantage**

#### zu 4.1 **Projektstruktur zur Durchführung der Machbarkeitsstudie für das Forum an der Plantage**

**Vorlage: 22/SVV/1142**

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen und Projekte

Wie mit der Feststellung der Tagesordnung besprochen, werden die Tagesordnungspunkte 4.1, 7.1 und 6.2 gemeinsam beraten.

Herr Kümmel, Geschäftsstelle Bauen, verweist eingangs auf die dazu in der letzten Sitzung geführte Diskussion und bittet um Nachfragen.

In dem sich anschließenden Meinungsaustausch werden die Fragen beantwortet bzw. diskutiert, wie u.a. zur Funktion des Begleitkreises, der Rolle der Stadtverordnetenversammlung und des Hauptausschusses sowie zum Zeitplan.

Unter Verweis darauf, dass der beschlossene Prozess die offenen Fragen klären und dafür die vorgeschlagenen Arbeitsstrukturen genutzt werden, sprechen sich zahlreiche Hauptausschussmitglieder dafür aus, nun endlich die „Sache“ auf den Weg zu bringen und den Prozess zu starten sowie das Ergebnis der Machbarkeitsstudie abzuwarten, da das Kernproblem der weitere Umgang mit deren Ergebnissen sein werde.

Herr Dr. Niekisch plädiert dafür, nach der Neuwahl des Kuratoriums den bisherigen Prozess zu stoppen und neu auszurichten.

Der Oberbürgermeister betont, dass von der theoretischen Debatte in die „Bewegung“ gekommen werden müsse und dafür fehle aus der Landeshauptstadt das Signal.

Herr Dr. Scharfenberg bittet zur nächsten Sitzung am 18.01.2023 Vertreter der Stiftung und des Rechenzentrums einzuladen, um die offenen Fragen abklären und im Bewusstsein dessen entscheiden zu können.

Anschließend wird die Vorlage zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Zur Begleitung der Machbarkeitsstudie für das Forum an der Plantage wird ein Begleitkreis als sonstiges Beratungsgremium nach §13 Hauptsatzung mit zwei Arbeitsgruppen gemäß Anlage 1 gebildet. Beschluss 21/SVV/0071 wird entsprechend präzisiert.
2. Der Begleitkreis fasst die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zusammen und koordiniert die Zusammenarbeit mit dem Auftragnehmer der Machbarkeitsstudie. Die erarbeitete rechtlich und räumlich-funktional machbare städtebauliche Vorzugsvariante wird der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt.
3. Die ehrenamtlichen Mitglieder des Begleitkreises und der Arbeitsgruppen erhalten ein Sitzungsgeld angelehnt an Nr. 2 des Beschlusses 19/SVV/1403.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	9
Ablehnung:	8
Stimmenthaltung:	0

**zu 6.2**      **Priorität für neuen Plenarsaal**

**Vorlage: 22/SVV/0938**

Fraktion DIE LINKE

Hier seien die Fragen zu prüfen, so Herr Dr. Scharfenberg, ob der Plenarsaal als Multifunktionssaal auf dem Campus geplant und wie dem Bau eines neuen Plenarsaals eine entsprechende Priorisierung zu teil werde. Da dies unter Verweis auf die unter Punkt 4.1 geführte Diskussion nicht heute beantwortet werden kann:

**Antrag zur Geschäftsordnung:**  
Die o.g. Drucksache wird **zurückgestellt**.

**Abstimmung:**  
Der Geschäftsordnungsantrag wird mit 8 Ja-Stimmen **angenommen**, verbunden mit der Bitte, die DS im März 2023 wieder aufzurufen.

**zu 7.1 Bürgerbefragung zu Rechenzentrum und Garnisonkirche**  
**Vorlage: 21/SVV/1201**  
Fraktion DIE LINKE

Nach einer Einbringung des Antrags durch Herrn Dr. Scharfenberg verweist der Oberbürgermeister darauf, dass sich das Anliegen im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung 22/SVV/0071 wiederfindet und daher als erledigt zu betrachten sei:

**Antrag zur Geschäftsordnung:**  
Herr Dr. Wegewitz beantragt, die Erledigung der o.g. Drucksache festzustellen.

**Abstimmung:**  
Der Geschäftsordnungsantrag wird

mit 8 Ja-Stimmen **angenommen**,  
bei einigen Gegenstimmen und  
zahlreichen Stimmenthaltungen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Erledigung des folgenden Antrags **festzustellen**:

Im Zuge des Diskussionsprozesses um die künftige Gestaltung an der Plantage (Garnisonkirche und Rechenzentrum) ist im Rahmen des 4-Phasen-Prozesses Plantage eine breite Einbeziehung der Potsdamerinnen und Potsdamer in Form einer Bürgerbefragung zu sichern.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dazu im Hauptausschuss im Januar 2022 einen Vorschlag vorzulegen.

**zu 5 Beschluss zur Höhe des Kreditrahmens der Entwicklungsträger Potsdam GmbH für das Jahr 2023**  
**Vorlage: 22/SVV/1163**  
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung

Herr Kümmel, Geschäftsstelle Bauen, erläutert die Vorlage anhand einer Powerpoint-Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt).

**Der Hauptausschuss beschließt:**

- 1. Der Kreditrahmen der Entwicklungsträger Potsdam GmbH zur bedarfsbezogenen Kommunalkreditaufnahme für die Entwicklungsmaßnahme „Kramnitz“ beträgt für das Jahr 2023 höchstens 27.000.000,00 €. Die Kreditaufnahme hat**

bedarfsbezogen zu erfolgen. Die Vertragsgestaltung sollte möglichst Sondertilgungen zulassen und maximal eine Laufzeit bis zum 31.12.2038 festschreiben. Können Sondertilgungen nicht vereinbart werden, so ist über die Wahl der Zinsbindungsfristen die Möglichkeit zu Sondertilgungen offen zu halten.

2. Der Oberbürgermeister und einer seiner Stellvertreter werden gem. § 57 (2) BbgKVerf ermächtigt, den Kreditaufnahmen der Entwicklungsträger Potsdam GmbH innerhalb des beschlossenen Kreditrahmens für das Jahr 2023 schriftlich zuzustimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	15
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

**zu 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung - zur Erledigung**

**zu 6.1 Regelmäßige Treffen der Fraktionsvorsitzenden mit der Verwaltungsspitze  
Vorlage: 22/SVV/0607**

Fraktionen DIE LINKE, CDU, DIE aNDERE, Freie Demokraten  
zur Erledigung

Der Antrag wurde zur Erledigung in den Hauptausschuss überwiesen. Der Oberbürgermeister verweist auf die der Verwaltung vorliegende Stellungnahme der Kommunalaufsicht bzgl. der Einbeziehung von fraktionslosen Stadtverordneten, so dass diese Drucksache zu beanstanden sei, so sie beschlossen werde.

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, jährlich zwei Arbeitsgespräche der Verwaltungsspitze (OBM und Beigeordnete) mit den Vorsitzenden der Fraktionen, sowie den Geschäftsführer:innen durchzuführen. Diese Treffen sollen durch das Büro der Stadtverordneten organisiert und protokolliert werden. Das erste Treffen soll im 3. Quartal 2022 stattfinden.

**Abstimmungsergebnis:**

mit Stimmenmehrheit abgelehnt,  
bei 4 Ja-Stimmen und  
einer Stimmenthaltung.

**zu 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

**zu 7.2      Finanzielle Beteiligung am Pflegeaufwand der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten**

**Vorlage: 22/SVV/0704**

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen und Projekte

Der Ausschuss für Finanzen hat über die DS 22/SVV/0704 noch nicht abschließend beraten. Darauf Bezug nehmend informiert der Oberbürgermeister darüber, dass er den Stiftungsrat angeschrieben und heute eine Eingangsbestätigung erhalten habe. Darin werde mitgeteilt, dass das Schreiben an die Mitglieder des Stiftungsrates weitergeleitet wird. Da die Antwort bzgl. einer Teilnahme an einer Hauptausschusssitzung aussteht, wird der Tagesordnungspunkt **zurückgestellt**.

**zu 8            Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 8.1        Berichterstattung zur Modernisierung der Verwaltung, hier: Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes**

**Vorlage: 22/SVV/1207**

Oberbürgermeister, Verwaltungs- u. Managemententwicklung

Frau Sattler, Leiterin des Bereiches Verwaltungs- und Managemententwicklung, erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt) über den derzeitigen Sachstand und geht dabei auf die Zielsetzung, die Aufbereitung der Thematik für und mit den Geschäftsbereichen in der Verwaltung, das Zusammenspiel von zentralen Standards und dezentraler Umsetzung in den Geschäfts- und Fachbereichen sowie die Zielstellung für das Jahr 2023 ein. Auf die Nachfrage von Herrn Walter zum Zeitpunkt der Umsetzung verweist sie auf die möglichen Varianten des Reifegrades von 1 – 4.

**zu 8.2        Handreichung zum Workshop zur Weiterentwicklung des Zusammenwirkens der Ortsbeiräte mit der Stadtverwaltung und der Stadtverordnetenversammlung in der LHP**

**Vorlage: 22/SVV/1219**

Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters

Dem Rederecht für Herrn Prof. Franzke wird mehrheitlich zugestimmt. Anschließend erläutert Herr Prof. Franzke die vorliegenden Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Zusammenwirkens der Ortsbeiräte mit der Stadtverwaltung und der Stadtverordnetenversammlung. Er betont, dass dem der Konsens des in konstruktiver Atmosphäre durchgeführten Workshops im Juni dieses Jahres zu Grunde gelegt wurde. Dies sei nun in einem sinnvollen Zeitrahmen bis spätestens zur Kommunalwahl 2024 umzusetzen und soll zu spürbaren Veränderungen führen.

Der Oberbürgermeister bedankt sich für die Unterstützung aller Beteiligten, insbesondere aber für die von Herrn Prof. Franzke. Ein erster Austausch habe bereits mit den Ortsvorsteher:innen am 12.12.2022 an seinem Tisch stattgefunden.

Anschließend erläutert Frau Arasin die Arbeitsschritte, um die Kontinuität der Zusammenarbeit zu verstetigen, wie z.B. die Ortsvorsteher:innen -Runden mit OBM und Beigeordneten fortzuführen, die Ansprechpartnerin im Büro des Oberbürgermeisters dauerhaft zu etablieren - auch für Akteneinsicht - und das Jubiläum des 20. bzw. 30. Jahrestages der Eingemeindung zu nutzen. Dem diene auch das zu erarbeitende digitale Handbuch (in Koordination über Büro des Oberbürgermeisters), die Nutzung der Ortsvorsteher:innen-Runden mit OBM und der Verwaltung zur Besprechung des ersten Entwurfes des Handbuches, die Finalisierung des Handbuches und danach ggf. die Änderung der Hauptsatzung o.ä. und die Mitteilung im Hauptausschuss und in der Stadtverordnetenversammlung.

Ziel sei es, so der Oberbürgermeister, Konfliktpotential rauszunehmen und für neu gewählte Mitglieder der Ortsbeiräte etwas zu schaffen, worauf sie zurückgreifen können. Über den Zwischenstand der Erarbeitung soll im Hauptausschuss informiert werden.

Im sich anschließenden Meinungsaustausch wird neben der Anmerkung, dass die Handreichung ein guter Extrakt aus dem Verfahren sei, auch Zweifel daran geäußert, dass damit Konflikte gelöst werden können. Angeregt wird, die Verfahren mit der Arbeit der Stadtverordnetenversammlung stärker zu verschränken und die Aufgaben der/des Ortsteilbeauftragte/n zu konkretisieren.

Prof. Franzke betont, dass es darum gehe die Verfahren und die Kommunikation anzupassen; allerdings bedarf es der Bereitschaft aller Beteiligten, sich darauf einzulassen.

Im März, so der Oberbürgermeister, soll mit den Ortsvorsteher:innen ein Termin vereinbart werden, in dem der erste Entwurf besprochen werden soll; jetzt müsse der Prozess der Erarbeitung erst einmal gestartet werden.

### zu 8.3 **6. Statusbericht zur Stadtteilentwicklung von Krampnitz**

#### **Vorlage: 22/SVV/0707**

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen und Projekte

Herr Kümmel, Geschäftsstelle Bauen, verweist auf den vorliegenden Bericht, der wie seine Vorgänger aufgebaut wurde und geht auf die Kernaussagen ein wie:

Bereitstellung neuen Wohnraums:

- Erarbeitung Masterplan und städtebaulicher Vertrag Klinkerhofe gemäß 22/SVV/0034
- Vermarktung L-Gebäude M.K9 bis M.K10

Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze:

- Vermarktung Stadtplatz Ost

Bereitstellung sozialer und kultureller Infrastruktur:

- Grundschule im Bau – Kostensteigerung
- Wettbewerb weiterführende Schule
- Zusammenstellung möglicher Einrichtungen der sozialen und kulturellen Infrastruktur mit der Fachverwaltung

Verkehrerschließung Nord:

- Fortführung der Entwurfs- und Genehmigungsplanung Tram-Erweiterung – Planfeststellungsantrag 1. HJ 2023
- Finanzierungspaket 12/2021 beschlossen für Busvorlauf und Straßenbahnbeschaffung, Erweiterung Betriebshof, Planungskosten Tram-Erweiterung, Bau TPO
- Mobilitätsdrehscheibe Marquardt im Bau

Versorgung und Erschließung:

- 1. und 3. Bauabschnitt der Erschließung im Bau
- EnergiekonzeptPLUS beauftragt
- Verfahren Heizhaus noch nicht abgeschlossen

Nach Beantwortung einiger Rückfragen wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

**zu 8.4 Armutsbericht für die Landeshauptstadt Potsdam 2022**  
**Vorlage: 22/SVV/0710**

Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Inklusion

**Zurückgestellt** bis zur Sitzung des Hauptausschusses am 18.01.2023.

**zu 8.5 Bericht der Uferwegsbeauftragten**

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, Herr Rubelt, verweist auf die geänderten Rahmenbedingungen. So werde am Griebnitzsee mit einer geänderten Strategie gearbeitet und wurde zum Groß Glienicker Seeufer gemeinsam mit Spandau ein Dialogprozess gestartet und mit den Akteuren vor Ort debattiert. Neben der nun deutlichen Zielvorgabe, sei der Weg dahin entscheidend und wurden dank Frau Harteb (Uferwegsbeauftragte) und dank Herrn Sträter (Ortsvorsteher Groß Glienicke) Fortschritte gemacht.

Anschließend erläutert Frau Hartleb anhand einer Powerpoint-Präsentation (dem Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt) den Sachstand und gibt einen Ausblick auf die weiteren Schritte.

**zu 8.6 Berichterstattung zum Thema Tourismus**

**zurückgestellt**

**zu 9 Sonstiges**

**Organisationsuntersuchung Fachbereich 39, Wohnen, Arbeit und Integration**

Die Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Frau Meier, erläutert den Sachstand anhand einer Powerpoint-Präsentation (dem Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt) und sagt im Ergebnis der Diskussion eine regelmäßige Berichterstattung im Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion zu. Sie unterstreicht den engen Zusammenhang zwischen den **Organisationsuntersuchungen** bzgl. einer **Sozialen Erhaltungssatzung** und der des **Fachbereiches 39, Wohnen, Arbeit und Integration**.